

GOTTFRIED STIEHLER

Fortschritt und Reaktion im Staatssozialismus

Der Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme Osteuropas hat in den Augen vieler Menschen den Sozialismus völlig diskreditiert, er erscheint als Zwangs- und Gewaltherrschaft, ökonomisch uneffektiv und der geistigen und kulturellen Selbstbestimmung der Individuen abträglich. Als scheinbar unbesiegbar ist der Kapitalismus aus den globalen Kämpfen der Epoche hervorgegangen, obwohl seine Gebrechen und Defizite deutlich sichtbar sind. Das legt es nahe, das historische und soziale Wesen der angestrebten nichtkapitalistischen Gesellschaft zu analysieren und zu fragen, ob das Scheitern des Sozialismus in seinem Wesen lag oder durch spezifische historische Bedingungen verursacht war.

Die sozialistische Vision – Weite und Enge

Sozialistische Ideen hatten ihre objektive Grundlage in der realen Situation der Lohnabhängigen, des Proletariats, in den frühkapitalistischen Ländern. Sie war durch ein hartes Los der körperlich Arbeitenden – ökonomisch, politisch, kulturell – gekennzeichnet. Verständlich, daß Visionen von einem besseren, einem Leben in Wohlstand und politischer sowie kultureller Freiheit verbreitet waren. Soziale Gleichheit aller, gerechte Verteilung der Güter und Lebenschancen waren Leitbilder des Kampfes um eine andere, eine bessere Gesellschaft. Das entscheidende Mittel dazu war, nach den Vorstellungen von Marx und Engels, die ›Aneignung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft‹, das heißt ihre Überführung in Gemeinbesitz. Ziel war die Rückverwandlung des Kapitals in Eigentum der assoziierten Produzenten, in unmittelbares Gesellschaftseigentum. Dazu gehörte auch das Gemeineigentum an Grund und Boden. Die praktische Durchführung des Gemeineigentums sollte, zufolge der Ideen von Marx und Engels, mittels ›vorbestimmter Kontrolle‹ von Produktion und Verteilung, eines Wirtschaftsplanes geschehen, dessen Problematik die Begründer des Marxismus freilich nicht voraussahen. Später entwickelte Marx die Idee einer dezentralen produktionsgenossenschaftlichen Ordnung als einer Gemeinschaft sich selbst verwaltender freier Produzenten. Diese Idee ist im Staatssozialismus nie Thema gewesen. Problematisch waren die Ansichten der Klassiker des Marxismus über den Wegfall von Ware und Geld in einer sozialistischen Produktionsweise, der zur Blockierung von Triebkräften ökonomischer Entwicklung führen mußte. Die künftige sozialistische Gesellschaft werde sich nicht mehr am Tauschwert, sondern primär am Gebrauchswert orientieren.

Gottfried Stiehler – Jg. 1924; Prof. Dr. Dr. h. c., Philosophiehistoriker, Veröffentlichungen zum vor-marxistischen Materialismus, zur klassischen deutschen Philosophie und zur marxistischen Gesellschafts- und Geschichtsphilosophie; zuletzt in »UTOPIE kreativ«: »Mensch und Geschichte. Aspekte eines Problemkomplexes« (Nr. 103/104, Mai/Juni 1999).

Diese Ansicht stand im Einklang mit der Idee direkter Planung, die die produktiven und konsumtiven Bedarfe direkt ermitteln und in staatlichen Plangrößen operationalisieren sollte. Zentralismus und Diktatur waren die unvermeidlichen Komponenten einer solchen Auffassung von Struktur und Entwicklung der Gesellschaft. Die Zielstellung von Marx und Engels war humanistisch, das Mittel jedoch – Aufhebung des Tauscherts – stand einer erfolgreichen Entwicklung der Gesellschaft entgegen.

Ein fataler Irrtum von Marx war die Annahme, bei Fortfall von Warenproduktion und Geld in der kommunistischen Gesellschaftsformation seien die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und ihren Arbeitsprodukten ›durchsichtig einfach in Produktion und Verteilung‹. In Wirklichkeit sind sie äußerst kompliziert zufolge der vielfältigen Verflechtungen innerhalb der hochkomplexen Struktur einer auf moderner technologischer Grundlage gestalteten Gesellschaft. Die Vorstellungen von Marx und Engels waren dem Bild einer relativ einfach gegliederten vormodernen Gesellschaft verhaftet, die sich scheinbar problemlos zentral steuern ließ. Politische Konsequenz war eine zentralisierte staatliche Macht in Gestalt der Diktatur des Proletariats. Eine Korrektur dieses autoritären Gesellschaftsbildes war die von Marx später entwickelte Idee der Kommunalverfassung der Gesellschaft, Kennzeichen einer Gemeinschaft relativ selbständiger Kommunen.

Marx' aus der Analyse der Pariser Kommune hergeleitete Forderung einer demokratischen Verfassung des politischen Systems des Sozialismus mit Rechenschaftspflicht und Absetzbarkeit der Funktionäre, Abwesenheit von Privilegien, zeitlicher Befristung der Amtstätigkeit kontrastierte deutlich mit der späteren Praxis des Staatssozialismus, so daß jene Gedanken als utopisch eingeschätzt werden können. Die Behauptung, sozialistische Revolutionen würden sich beständig selbst kritisieren, war Wunschtraum und wurde von der späteren Praxis widerlegt.

Engführungen in Ökonomie und Politik

Die staatssozialistischen Systeme waren auf die Idee des Gemeineigentums an Produktionsmitteln gegründet. Die Zersplitterung der privatwirtschaftlich organisierten kapitalistischen Warengesellschaft mit der ihr eigenen Anarchie der gesellschaftlichen Produktion sollte überwunden werden. Die damit verknüpfte Zentralisierung der Wirtschaft, die ihren Ausdruck und ihre Bewegungsform in gesamtstaatlicher Planung und Leitung fand, hatte zur Konsequenz und Funktionsbedingung die politische Zusammenfassung der sozialen Aktivitäten aller Gesellschaftsbereiche in der als ›Diktatur des Proletariats‹ firmierenden Staatsmacht. Auf dieser Grundlage und unter dieser Voraussetzung konnten verschiedene soziale Maßnahmen in Angriff genommen und durchgeführt werden, die das Leben der werktätigen Bevölkerung verbesserten. Aber so wie das Gemeineigentum als zentral-staatliches und nicht als im eigentlichen Sinne gemeinschaftliches Eigentum realisiert wurde, war auch die staatliche Macht nicht die politische Selbstorganisation des Volkes, sondern autoritär gehandhabtes Organ und Objekt einer exklusiven Kaste von Funktionären. Und da die marxistisch-leninistische Partei

sich als Avantgarde, als alles wissende und entscheidende Führungsmacht verstand, unterlag die gesamte gesellschaftliche Bewegung dem Kommando der Führung der Partei und der Macht einer einzelnen Person, des Generalsekretärs, der auch in dem Führungszirkel eine kritische offene Diskussion nicht zuließ. Diese Situation gear alle jene Deformationen und Fehlentwicklungen, die die protozialistische gesellschaftliche Ordnung belasteten. Die politische Macht war nicht Resultat von Willensentscheidungen des Volkes, sondern der Selbstlegitimierung der Inhaber der Macht vermittels schein-demokratischer Prozeduren, deren Ergebnisse schon vorher feststanden. Beschämender Ausdruck dessen waren Wahlfälschungen.

Restriktive Eigentums- und Austauschverhältnisse

Im Staatssozialismus war, ideologisch begründet, die Vorstellung einer pluralen Eigentumsordnung ausgeschlossen. Was einen autoritären politischen und kulturellen Überbau zur Konsequenz und zur Voraussetzung hatte. Privateigentum und Privatinitiative wurden marginalisiert und schließlich beseitigt. Zugleich aber kamen neue, dem Volkseigentum gemäße Potenzen und Triebkräfte nur schwach zum Zuge. Eine plurale Eigentumsordnung schließt staatliches Eigentum, kollektives Eigentum, privatkapitalistisches Eigentum, Eigentum kleiner Warenproduzenten, staatskapitalistisches Eigentum und ausländisches Eigentum ein. Die Profitdominanz könnte überwunden werden, doch würden alle Eigentümer nach Verwertung des vorgeschossenen Wertes, nach Gewinn streben. Dabei müßte die führende Rolle des öffentlichen Sektors mit ökonomischen, juristischen und politischen Mitteln gewährleistet sein – ein überaus kompliziertes Vorhaben.

Im Staatssozialismus war das Volkseigentum weitgehend nur ein formaler Titel, eine reale Vergesellschaftung der Produktion wurde, trotz positiver Ansätze, nicht erreicht. Das staatliche Eigentum stand, verschieden vom genossenschaftlichen Eigentum, den Produzenten mehr oder minder entfremdet gegenüber, da sie meist keine unmittelbare Beziehung zu ihm durch aktive Teilnahme an Entscheidungen über Arbeitsorganisation, Arbeitsprozeß und Absatz hatten. Die Marxsche Idee einer produktionsgenossenschaftlichen Ordnung des Gemeineigentums hätte einen Weg nach vorn weisen können, doch spielte sie in der Politik der führenden Partei keine Rolle. So wurde das Interesse an Leistungssteigerung, Effektivierung der Produktion und schöpferischen Neuerungen, obwohl es auch materielle Anreize gab, vorwiegend über ideologische Triebkräfte zu wecken gesucht.

Die Verfügung der Eigentümer über das Produktionsgeschehen und seine Resultate ist integrales Moment ihres Handelns. Das schließt das Streben nach betrieblichem Gewinn ebenso ein wie Wettbewerb (Konkurrenz) zwischen den Anbietern am Markt, der wechselseitigen Verdrängungskampf mit möglichen negativen sozialen Folgelasten bedingt. Eine sozialistische Zielsetzung der Produktion hat gesamtgesellschaftlichen Nutzen, mit Einschluß ökologischer Kriterien, zum Inhalt und stellt das komplexe Wohlergehen der Individuen in den Vordergrund. Betriebliche Zielgrößen werden sinnvoll mit gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen verknüpft. Diese Ver-

knüpfung ist das schwer Machbare, sie ist ein Widerspruch in sich, eine Einheit gegenläufiger Tendenzen und Bestrebungen. Die Lösung des Widerspruchs ist ständiger spannungsvoller Prozeß, dessen Regulierung und soziale Abfederung die Gesellschaft konzeptionell-strategisch und praktisch-operational vornehmen muß, indem sie den Produzentenkollektiven Verhaltensmaßregeln vorgibt, ihren Aktionsrahmen setzt.

Warenproduktion bedingt die Dominanz des Tauschwertes über den Gebrauchswert; eine sozialistisch ausgerichtete Produktionsweise hat gerade das Gegenteil zur Voraussetzung. Ziel ist die Herstellung von Gebrauchswerten zu individuellem und gesellschaftlichem Nutzen, Tauschwert und Warenproduktion sind Mittel dazu. Jedoch müssen die unterschiedlichen Eigentümer ihr Handeln auf Gewinn und damit auf die Erlangung von Tauschwert ausrichten. Insofern ist sozialistische Warenproduktion ein Widerspruch in sich, der aber dennoch ausgetragen werden muß, da die Bewertung ökonomischer Ergebnisse am Markt Springquell der Effektivierung und qualitativen Erneuerung der Produktion ist oder doch sein kann. Die Restriktion von Ware und Wert führt, wie die Praxis des Staatssozialismus gezeigt hat, zu Erstarrung nicht nur im ökonomischen, sondern in allen Bereichen der Gesellschaft.

Das Problem liegt darin, daß bei unterschiedlichen Eigentumsformen in einer Wettbewerbs(Konkurrenz)wirtschaft jeder Eigentümer nach erweiterter Reproduktion strebt, um sich am Markt zu behaupten. Dadurch ist das Verhältnis zwischen den Eigentumsformen ein offener, konfliktueller Prozeß mit der Möglichkeit der Einschränkung des Gemeineigentums und der Rückkehr zum Kapitalismus. Auf deren Vermeidung zielten die politisch und ökonomisch restriktiven Maßnahmen der politischen Führung im Staatssozialismus, doch haben sich diese Maßnahmen im Endeffekt gegen das Ziel der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft gekehrt.

Es bestand ein ökonomisch letztlich ineffektiver Plandirigismus mit weitgehender Ausschaltung ökonomischer Eigenverantwortung der Wirtschaftseinheiten und des Wettbewerbs zwischen ihnen. Ware und Wert spielten eine untergeordnete Rolle, was ökonomische Leistungskraft und Innovationsfähigkeit untergrub. Aber selbst bei ausschließlicher Existenz von staatlichem, kommunalem und genossenschaftlichem Eigentum hätten sozialistische Zielsetzungen erfolgreich verwirklicht werden können, wäre das Diktat einer Partei gebrochen und die Selbstbestimmung des Volkes – der eigentliche Sinn des Sozialismus – in Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft verwirklicht worden. Ökonomisch suchte man in der DDR mit dem NÖS einige notwendige Veränderungen zu vollziehen, allerdings ohne erforderliche Umgestaltungen des politischen Systems, was das Projekt letztlich scheitern ließ.

Amputierte Demokratie

Im Verlaufe der Entwicklung der DDR entfernten sich die Inhaber, die Usurpatoren der Macht – die führende Partei und ihre Leitung – immer mehr von den Massen, ihren Lebensansprüchen, Bedürfnissen, Wertvorstellungen. Die Führung meinte am besten zu wissen, was dem Volke guttue, weshalb sie darauf verzichtete, es darüber zu

befragen, und sich einer substantiellen Kritik verweigerte. Sie entschied autoritär über die Besetzung führender Stellen in Staat und Gesellschaft sowie über Inhalte und Formen des geistig-kulturellen Lebens. Es existierte keine Unabhängigkeit der Justiz von der politischen Führung, die sich anmaßte, über Verlauf und Ergebnisse politisch relevanter Gerichtsprozesse zu entscheiden und die Justiz in diesem Sinne zu disziplinieren.

Gewiß hätte eine frühe Übergabe von Inhalt und Methoden der Machtausübung an Entscheidungen der Wähler – obwohl für den Sozialismus unabdingbar – die kaum mehr oder minder gewaltsam errungene ›Volksmacht‹ wieder verloren gehen lassen können. Zu tief war das Mißtrauen breiter Bevölkerungsschichten – von den Anhängern des Kapitals kräftig geschürt – gegen sozialistische Experimente, die ihre Problematik alsbald sichtbar werden ließen. Zu groß auch war trotz aller negativen Erfahrungen mit dem Kapitalismus das Vertrauen in die ökonomische Leistungskraft und die politischen Freiheitsrechte der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung, als daß sich die Massen (mit Einschluß der Arbeiterklasse) von ihr abgewendet hätten.

Doch wären trotz der Regressionen andere Wege und Formen des Ringens um die Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft möglich gewesen, sie hätten den Ansatz zu einer neuen sozialen Ordnung nicht verhindert, sondern ihm überhaupt erst Erfolgsaussichten verschafft. Alternative Formen wären an die Schaffung einer breiten Diskussionskultur in der Gesellschaft geknüpft gewesen, an die Gestaltung des Gemeinwesens zu einer über sich selbst reflektierenden und diskutierenden Institution. Aber diese notwendige Form ließ die politische Führung aus Machtstreben und auf Druck der SU nicht zu, womit sie die Gesellschaft entscheidender Entwicklungspotenzen beraubte. Die gesellschaftswissenschaftliche Theorie wurde nicht ermutigt und dazu angehalten, den Entwicklungserfordernissen gemäß neue Ideen auszuarbeiten und breit zu erörtern, sie wurde auf Nachvollzug der Parteilinie reduziert. Mit der Zeit bildete sich so eine allgemeine Haltung des Desinteresses an gesellschaftlichen Belangen heraus und es machte sich in wachsendem Umfang Feindschaft gegen sozialistische Zielstellungen geltend. Uniformität im Denken, Verhalten und in der Sprache waren das Ergebnis, und die Individuen wurden ihrer Würde als selbstverantwortlich und eigenständig handelnde Persönlichkeiten beraubt.

Vergeblicher Versuch?

Der Weg des Staatssozialismus war aus den Gebrechen des Kapitalismus hervorgegangen; er war der geschichtlich begründete Versuch, eine neue soziale Welt zu schaffen, in der das Individuum zu allseitiger Entfaltung seiner Fähigkeiten kommen und ein Leben in gesicherten materiellen Verhältnissen führen sollte. Weil es aber an ökonomischen und politischen Voraussetzungen fehlte, lief der soziale Impetus auf Dauer ins Leere. Der Traum von einer sozial gerechten Gesellschaft blieb unerfüllt.

Immerhin war der soziale Antrieb des Frühsozialismus trotz Verwerfungen und Fehlentwicklungen wirksam – unterschiedlich in den einzelnen Ländern und Entwicklungsstadien. Vollbeschäftigung,

unentgeltliche Gesundheitsfürsorge, kostenlose Aus- und Fortbildung, Einheitsschule, polytechnischer Unterricht, niedrige Mieten und Tarife, Aufstiegschancen für Angehörige des werktätigen Volkes, Elemente betrieblicher Mitbestimmung, breiter Zugang zu Kultur und Bildung, Subventionierung von Kultureinrichtungen, Gleichstellung von Mann und Frau, Hilfe für Behinderte, Unterstützung von Familien mit Kindern sowie weiblicher Berufstätigkeit, Gemeinschaftssinn und Solidarität, Friedenspolitik sind Zeugnisse dessen (freilich mit Einschränkungen und Defiziten). In der gegenwärtigen Epoche des ›siegreichen‹ Kapitalismus gehören sie für viele Menschen zu unerfüllbaren Wunschträumen. Das Problem des Staatssozialismus war, daß die sozialen Maßnahmen und Vergünstigungen nicht hinreichend ökonomisch und politisch fundiert waren. Sie waren zum großen Teil nicht eingelöste Versprechen, denn Antriebe effizienter wirtschaftlicher Tätigkeit waren nur spärlich vorhanden.

Daher war das Scheitern des Realsozialismus einerseits in seinen objektiven Verhältnissen begründet. Andererseits, da gesellschaftliche Strukturen variable Beziehungen zwischen handelnden Menschen sind, bestanden, abstrakt betrachtet, Möglichkeiten der Veränderung des gesellschaftlichen Gefüges in einem positiv-sozialistischen Sinne durch verändertes und veränderndes Handeln, von Bewußtheit und persönlichem Engagement getragen. Hemmend war die den Individuen anerzogene Neigung zur Subordination, zur Vermeidung persönlicher Risiken, die mit Widerständigkeit gegen etablierte Machtstrukturen verbunden gewesen wären. Der Staatssozialismus setzte auf Erlernen und bewußtes oder unbewußtes Einüben politisch verordneter Verhaltensweisen. Das resultierte einerseits aus dem Machtinstinkt der Herrschenden, andererseits gab es auch keine Konzepte der Verflüssigung der Strukturen durch öffentlich geführte Debatten.

Rational nachvollziehbar wäre es gewesen, wenn im Ergebnis freimütiger Auseinandersetzungen über Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Kunst die Parteimitglieder veranlaßt worden wären, die Erkenntnisse und Standpunkte der Partei argumentativ in den einzelnen Gesellschaftsbereichen zu verbreiten und gegebenenfalls durchzusetzen. Da dies nicht geschah, nahm die dem Kapitalismus eigene Entfremdung eine erneute, kaum weniger bedrückende Gestalt an. Der Widerspruch, der im Gedankengebäude des Marxismus einen bevorzugten Platz einnimmt, war in der offiziellen Praxis des Sozialismus getilgt und dieser wurde als eine scheinbar festgefügte statische Ordnung dargestellt. Was in den Anfangsjahren des sozialistischen Aufbaus noch eine gewisse Berechtigung hatte – Zentralismus und Dirigismus –, verkehrte sich im Laufe der Zeit in schwerwiegende Devienz, aus Sinn wurde Unsinn, aus Vernunft Unvernunft und Rückschritt.